

Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen steigt immer weiter. Eltern fordern Social-Media-Verbot bis 16 Jahren.

Berlin, 13. Oktober 2026

Cybermobbing unter Kindern und Jugendlichen ist weiter gestiegen. **Aktuell sind 20,7 Prozent** der Schülerinnen und Schüler davon betroffen. In absoluten Zahlen sind das mehr als 2,4 Millionen Kinder und Jugendliche. Das zeigt die aktuelle Studie "Cyberlife VI - Cybermobbing bei Schülerinnen und Schülern", die das Bündnis gegen Cybermobbing heute in Berlin vorgestellt hat.

Demnach ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler zwischen 7 und 20 Jahren, die nach eigenen Aussagen schon einmal von Cybermobbing betroffen gewesen sind, im Vergleich zur Vorgängerstudie von 2024 (18,5 Prozent) um 2,2 Prozentpunkte gestiegen. Zur Einschätzung der Entwicklung: **Im Jahr 2017 waren es noch 12,7 Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler.**

Cybermobbing bleibt ein Dauerproblem und wächst weiter, Schulen fühlen sich weiterhin überfordert

Uwe Leest, Vorstandsvorsitzender des Bündnisses gegen Cybermobbing: "Die Ergebnisse zeigen leider, dass Cybermobbing ein weiterwachsendes Problem an Schulen und im privaten Umfeld von Kindern und Jugendlichen ist und sich mittlerweile auch Pädagogen und Pädagoginnen an den Schulen bei diesem Thema überfordert fühlen".

Die Folgen von Cybermobbing an Schulen, an denen das Mobbing sehr häufig passiert (90%) werden, immer noch unterschätzt, denn der Einfluss auf Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler sind enorm, so Leest.

Handyverbot an Schulen und Soziale Medien erst ab 16 Jahre

Im Hinblick auf die aktuelle Debatte um die **Einführung einer Altersgrenze zur Nutzung sozialer Medien**, sind sich Eltern und Lehrende sehr einig. 76% der befragten Eltern und 81% der Lehrenden wollen eine solche Altersbegrenzung. Diese sollte **mehrheitlich bei 16 Jahren** liegen.

Und fast **drei Viertel der Lehrenden sind für ein Smartphone-Verbot an ihrer Schule** für Kinder und Jugendliche.

Cybermobbing greift die Psyche an

Für die Betroffenen kann Cybermobbing gravierende gesundheitliche Folgen haben. Neben körperlichen Beschwerden wie Kopf- oder Magenschmerzen sind es vor allem psychische Auswirkungen, die Kinder und Jugendliche schwer belasten können. Das sind z.B. Angst- und Schlafstörungen sowie Niedergeschlagenheit oder Depressionen.

Die Studie zeigt weiterhin: Viele Opfer fühlen sich vor allem verletzt (56 Prozent), 42 Prozent reagierten mit Wut und 38 Prozent gaben an, verängstigt zu sein.

Besonders alarmierend: 17 Prozent (2024: 13 Prozent) der Kinder und Jugendlichen haben aus Verzweiflung schon einmal zu Alkohol, Tabletten oder Drogen gegriffen (das entspricht ca. 400.000 Schüler und Schülerinnen) und jede bzw. **jeder vierte Betroffene äußerte Suizidgedanken** (25 Prozent). „In absoluten Zahlen entspricht das fast 600.000 Schülerinnen und Schülern, eine sehr erschreckende Zahl, die in den letzten Jahren leider weiter gestiegen ist“, so Uwe Leest vom Bündnis. Was muss noch passieren, damit die Verantwortlichen in der Politik und Gesellschaft endlich handeln, fragt Leest.

Immer noch zu wenig Prävention an Schulen

Wichtige Maßnahmen, um Mobbing und Cybermobbing entgegenzutreten, sind Prävention und Aufklärung und das vor allem an den Schulen. **Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass Schulen, die präventiv tätig sind, weniger Cybermobbingfälle haben.**

Im Vergleich zur Studie 2024 haben sich die schulischen Angebote zwar bei folgenden Aussagen verbessert: „Meine Schule bietet Workshops zum Thema Cybermobbing an“ um 9 Prozentpunkte (von 25 Prozent auf 34 Prozent) und „Unsere Schule bildet Schülerscouts aus, die zu den Gefahren im Internet aufklären“ von 21 Prozent auf 28 Prozent. Insgesamt ist aber das Angebot immer noch viel zu gering, um Wirkung zu zeigen.

Aber am besten ist es, Mobbing bzw. Cybermobbing erst gar nicht entstehen zu lassen und da ist Prävention ein sehr wichtiger Baustein, ergänzt Leest.

Die aktuellen Zahlen zeigen, dass das Problem Cybermobbing in unserer Gesellschaft weiterwächst. In vielen Fällen ist auch die Anonymität im Netz das Problem, so Leest weiter.

Hier fordert das Bündnis die Einführung eines „verdeckten Klarnamens“.

Eltern sehen ihre Verantwortung, fühlen sich aber auch überfordert

Viele Eltern haben in Bezug auf den Umgang mit den Neuen Medien einen hohen Informations- und Unterstützungsbedarf. Sie fühlen sich überfordert und dürfen mit dieser Thematik nicht allein gelassen werden, so Leest.

In der Elternwahrnehmung fördert die Anonymität des Internets die allgemeine Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen – online wie auch offline, sprachlich wie körperlich, bei Jungen wie Mädchen.

Elternratgeber „Cybermobbing“

Um Eltern zu unterstützen, hat das Bündnis, mit 8 Experten und Expertinnen einen Ratgeber herausgegeben. Dort lernen Eltern, was ihre Kinder im Netz machen und wie man sich auf den Weg ins Internet vorbereiten kann, so Leest.

Prävention, Beratungsstellen, Mobbing/Cybermobbinggesetz

Das Bündnis gegen Cybermobbing gibt folgende Handlungsempfehlungen:

- Die bisherige **Präventionsarbeit muss weiter verstärkt** werden und bereits an den Grundschulen beginnen. Kinder müssen verstärkt in der Schule den „sozialen Umgang im Internet“ lernen. Eine **verbesserte Lehrkräftefortbildung** ist ein sehr wichtiger Baustein. Unterstützt werden sollten die Lehrkräfte von Expertinnen und Experten, die von außen in die Schulen kommen.
- **Eltern sollten sich intensiver und frühzeitig mit ihren Kindern auf den Weg machen**, um sich gemeinsam mit den Inhalten und Funktionsweisen des Internets und den Sozialen Medien auseinanderzusetzen. **Hier könnte ein Internetführerschein** nützlich sein, wie z.B. der Führerschein. Auch sind Kommunen, soziale Träger und Schulen gefragt, Eltern mit konkreten Angeboten zu unterstützen.
- Wünschenswert wären für alle Betroffenen **flächendeckende Mobbingberatungsstellen** sowie anonyme Hotlines, an die sich Hilfesuchende wenden können.
- Neben den Schulen und der Gesellschaft, muss auch die **Politik ihrer Verantwortung nachkommen**. Zum Schutz der Opfer fordert das Bündnis gegen Cybermobbing ein **Cyber-Mobbinggesetz**, das es in Österreich schon seit 2016 gibt. Dazu muss die Politik auch die personellen Voraussetzungen schaffen.
- Die Einführung eines „**verdeckten Klarnames**“ **ist wichtig**, um Täter schnell identifizieren zu können und von Cybermobbing oder anderen Straftaten abzuhalten.
- **Kann ein Social-Media-Verbot für Jugendliche bis 16 Jahren helfen das Problem zu begrenzen?** Hier sind wir als Gesellschaft gefordert, schnell Antworten zu finden, besser heute als morgen, denn die KI -Herausforderung wartet schon auf uns!

Hinweis für die Redaktionen

Für die Befragung wurden von April bis Juli 2026 **716 Lehrerinnen und Lehrer, 1.113 Eltern und 4.525 Schülerinnen und Schüler** bundesweit durch eine Onlinebefragung zum Thema Mobbing und Cybermobbing befragt. Die [Studienergebnisse](#) zum Download sowie weitere Informationen gibt es auf der Internetseite des [Bündnis gegen Cybermobbing](#).

Das Bündnis gegen Cybermobbing e.V.

Das Bündnis wurde im Juli 2011 gegründet. Es setzt sich aus Menschen zusammen, die persönlich von der Thematik betroffen sind, sei es beruflich oder privat und die gegen Cybermobbing und Gewalt im Netz angehen. Das Bündnis ist ein Netzwerk von engagierten Eltern, Pädagogen, Juristen, Mediziner, Forschern und vielen mehr. Es wird von Prominenten aus Politik, Sport und Medien aus dem In- und Ausland unterstützt und durch einen internationalen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Das Bündnis klärt nicht nur über Cybermobbing auf, sondern fördert die Medienkompetenz in Schulen mittels Präventionskonzepten wie „Wir alle gegen Cybermobbing“ oder „Wir alle gegen Mobbing und Gewalt im Netz“ sowie Infoveranstaltungen und bietet Hilfe im Internet an. Des Weiteren unterstützt das Bündnis aktiv Vereine und Unternehmen bei der Prävention und Intervention von Cybermobbing.

Pressekontakt:

Bündnis gegen Cybermobbing e.V.

Dipl.Ing. MBM Uwe Leest, Vorstandsvorsitzender

Leopoldstr. 1

76133 Karlsruhe

Tel.: 0721-16009-15

info@buendnis-gegen-cybermobbing.de

www.buendnis-gegen-cybermobbing.de